

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Bezirksvertretung 6 (Chorweiler)	20.03.2014

### **Antwort zum Antrag der CDU-Fraktion in der BV 6 vom 26.09.2013**

#### **TOP 8.3.1: Ständige Videoüberwachung der S-Bahn-Stationen Chorweiler und Chorweiler Nord**

Dieser Anfrage gingen diverse Nachfragen einzelner Bezirksvertreter zu Antworten der Verwaltung bezüglich des gleichen Themas voraus, die mit dieser Vorlage insgesamt beantwortet werden sollen.

#### **Die Anfrage lautet:**

Die Bezirksvertretung Chorweiler beantragt, dass die Verwaltung unverzüglich weitere Gespräche mit der DB führt, im Rahmen der laufenden Renovierungsarbeiten beide Stationen und den Tunnelbereich sowie alle anderen S-Bahn-Stationen im Stadtbezirk Chorweiler durch ständige Videoüberwachung zu sichern.

Zudem bitten wir um schriftliche Auskunft,

- welche Sicherungsmaßnahmen dafür bestehen bzw. geplant sind,
- welche Maßnahmen im Schadensfall ergriffen werden und
- wann die letzte Katastrophenschutzübung im Tunnelbereich der Kölner S-Bahn stattfand.

#### **Antwort der Verwaltung:**

Die Verwaltung hat aufgrund dieser Anfrage erneut das Gespräch mit dem Bahnhofsmanagement (DB Station & Service AG) gesucht und die zuständige Bundespolizeiinspektion Köln kontaktiert mit dem Ziel, den Gesprächspartnern die Einschätzung der Notwendigkeit zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen seitens der Bezirksvertretung Chorweiler und der Stadtverwaltung zu vermitteln und Lösungen für eine verstärkte Sicherheit im Bereich der S-Bahn zu finden.

Sowohl die DB als auch die Polizei werten jedoch die versuchten Anschläge vom letzten Herbst als singulären Vorfall und sehen nach dessen erfolgreicher Aufklärung offensichtlich kein Erfordernis und wohl auch keine Möglichkeit, über die bereits beschlossenen Videoanlagen in den Bahnhöfen Chorweiler und Chorweiler-Nord hinaus weitere stationäre und kontinuierliche Überwachungsmaßnahmen zu ergreifen. Dies deckt sich mit den Erfahrungen, dass Überwachungsanlagen zwar ggfs. bei der Aufklärung von Straftaten hilfreich sein, diese jedoch nicht verhindern können.

Im Einzelnen lassen sich die aufgeworfenen Fragen auf Grundlage der eingeholten Stellungnahmen wie folgt beantworten:

Zum Zeitpunkt der Installation der Überwachungsanlagen: Die zur Fernüberwachung vorgesehenen Videokameras in den unterirdischen S-Bahn-Stationen Chorweiler und Chorweiler Nord konnten im Rahmen des bundesweiten Programms der DB Netz AG in 2013 noch nicht installiert werden; Zielhorizont ist jetzt 2014.

Zur Frage der Aufzeichnung: Für die beiden o.g. Haltepunkte ist die Option einer Aufzeichnung und damit die Möglichkeit einer rückläufigen Auswertung vorgesehen.

Zur Ausrüstung der oberirdischen S-Bahn-Stationen im Stadtbezirk Chorweiler mit Überwachungsanlagen: Hierzu gibt es von Seiten der DB AG keine Planungen und aktuell kein Finanzierungsprogramm.

Zu den Sicherungsmaßnahmen: Die Bundespolizei überwacht die Haltepunkte und die entsprechenden Strecken in Chorweiler insbesondere im Rahmen der Streifentätigkeit. Daneben werden auch durch in Zivil gekleideten Beamten Fahndungen durchgeführt. Bei aktuellem Anlass ist eine verstärkte Überwachung bis hin zu stationären Einsätzen möglich. Wenn die Bundespolizei nicht vor Ort ist, übernimmt die Landespolizei die ersten erforderlichen Maßnahmen.

Zu den Maßnahmen im Schadensfall: Je nach Schadensausmaß greifen die mit der Deutschen Bahn AG, der Feuerwehr und der Landespolizei abgestimmten Konzepte.

Zur letzten Katastrophenschutzübung: Eine Katastrophenschutzübung explizit zum Tunnelbereich der Kölner S-Bahnen im Bereich Chorweiler wurde in den vergangenen Jahren nicht durchgeführt.

Die Verwaltung bedauert, die Anregungen der Bezirksvertretung zum derzeitigen Zeitpunkt mangels Mitwirkungsmöglichkeiten der zuständigen Dienststellen nicht aufgreifen zu können. Sie wird jedoch die Überwachung von Bahnanlagen an den von Straftaten und Vandalismus besonders betroffenen Stationen in ganz Köln im Rahmen des nächsten Gesprächs des Oberbürgermeisters mit dem Generalbevollmächtigten der Bahn AG für Nordrhein-Westfalen thematisieren.